

Dieses Unternehmen ist einer großen Aufmerksamkeit von der Seite der belarussischen Regierung wert, besonderes in der letzten Zeit, der Zeit der Wirtschaftskrise. Ungeachtet der Popularität und erfolgreicher Tätigkeit hat „MAZ-MAN“ breite Perspektive weiterer Entwicklung und Erweiterung der Absatzmärkte.

Entwicklungsprozess des Gemeinschaftsunternehmertums in Belarus ist gesetzmäßig und effektiv. Doch Joint Ventures beeinflussen das Niveau der nationalen Wirtschaft nicht so bedeutend. Die Investoren halten gewinnungünstige Sphären, die nicht investitionsintensiv sind und schnelle Rückzahlung fundierten Geldes garantieren können, für attraktiv. Aber letzte Zeit kann man in der belarussischen Wirtschaft Liberalisierung feststellen. Eine Reihe von Maßnahmen, die auf Investitionsreizerhöhung gerichtet sind, wurde durchgeführt. Und die Ergebnisse sind ganz optimistisch. Für weitere Entwicklung belarussischer Wirtschaft muss man sich in dieselben Richtung bewegen. Der Staat muss sich viel Mühe geben, alle Probleme in diesem Gebiet lösen zu können und neue Hindernisse internationaler Zusammenarbeit zu überwinden.

Василенко Е. А.

БГЭУ, ФМБК, 5 курс

Руководитель Большаков И.И.

DEUTSCHE ZUWANDERUNGSPOLITIK: GESCHICHTE UND PERSPEKTIVEN

In meinem Beitrag möchte ich auf die Problematik der deutschen Zuwanderungspolitik eingehen. Derzeit tobt in der Politik und der Gesellschaft eine neue Einwanderungsdebatte. Es geht unter anderem auch darum, inwieweit sich ausländische Fachkräfte an der Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft beteiligen können. Jahrzehntlang schwankten Bundesregierungen zwischen einer Politik der offenen Tür und einer Abschottung gegenüber Zuwanderern.

Ohne Zuwanderung wäre der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands undenkbar gewesen. Es begann mit der großen innerdeutschen Migration: Von 1945 bis 1961 verließen 3,5 Millionen Menschen das Gebiet der DDR in Richtung Westen — und unter den Flüchtlingen vor dem realen Sozialismus waren überdurchschnittlich viele Akademiker und Fachkräfte. Nach dem Mauerbau im August 1961 gewann die zweite Einwanderungswelle an Dynamik. Nun kamen „Gastarbeiter“ aus Südeuropa, weil die deutsche Industrie ihren Personalbedarf nicht mehr decken konnte. Das Qualifikationsniveau war allerdings meist niedrig, gefragt waren nicht Ingenieure, sondern Fließbandarbeiter. Die Bundesregierung schloss Anwerbeabkommen mit acht Staaten, das erste mit Italien 1955, das letzte 1968 mit Jugoslawien. 1960 gab es 330 000 ausländische Arbeitnehmer in Deutschland. 1973 stellten sie mit 2,6 Millionen schon über zehn Prozent aller Beschäftigten; die Mehrheit kam inzwischen aus der Türkei. Ende 1973 reagierte die deutsche Regierung auf die erste Ölkrise mit einem Anwerbestopp.

Heute geht es im weltweiten Anwerbekampf nicht mehr um Schichtarbeiter, sondern um Höchst- und hoch Qualifizierte. Das Fachkräfteproblem in Deutschland bleibt ungelöst, auch wegen des Versagens der Bildungspolitik. Nach einer Untersuchung der OECD lag Deutschland beim Anteil der Hochschulabsolventen 1970 noch auf Platz neun unter 30 In-

dustriestaaten — 2008 reichte es nur noch zu Platz 23. Problematisch war und ist das für schnell wachsende Branchen. Ende der Neunzigerjahre etwa traf es die boomende Informationstechnologie. Im Jahre 2000 versprach der damalige Kanzler Gerhard Schröder, an die 30 000 IT-Experten nach Deutschland zu holen — und erfand die deutsche Greencard. Im Gegensatz zu der erfolgreichen US-Greencard lief das ähnliche deutsche Vorhaben nach nur fünf Jahren aus. Laut diesem Programm sollte der erwünschte Spezialist Deutschland in absehbarer Zeit wieder verlassen. Zudem gab es die Arbeiterlaubnis nur für IT-Experten, die einen einschlägigen Hochschulabschluss oder ein Jahreseinkommen von mindestens 50 000 Euro vorweisen konnten. Das lief an den Bedürfnissen vieler kleiner IT-Firmen vorbei. Schließlich wurde der Zuzug auf höchstens 20 000 Personen beschränkt, was gebildeten Zuwanderungskandidaten den Eindruck vermittelte, in Deutschland seien sie bestenfalls als Notlösung für ein temporäres Arbeitsmarktproblem. Tatsächlich kamen dann 17 000 Fachleute. Viele von ihnen waren Absolventen deutscher Hochschulen, denen das damalige Ausländerrecht die Möglichkeit versperrte, in Deutschland auf Dauer zu bleiben. Die meisten diplomierten Ingenieure oder Chemiker aus Nicht-EU-Staaten mussten nach dem Examen ihre Koffer packen. Und das, obwohl, wie die Experten behaupten, „Zuwanderung per Studium der Königsweg sei“. Dass die Gaststudenten in der Regel gut Deutsch konnten und auf Staatskosten ausgebildet waren, interessierte niemanden.

Heute dürfen die hoch Qualifizierten immerhin ein Jahr bleiben, um sich einen Job zu suchen. Vorrangprüfung und Mindestgehaltsgrenzen wurden für sie 2007 offiziell abgeschafft. Fast 26 000 der sogenannten Bildungsausländer schaffen pro Jahr ihren Abschluss in Deutschland. Aber arbeiten dürfen sie ohne Arbeiterlaubnis der Ausländerbehörde nur 90 Tage. Ausgedehnte Praktika als Mittel der Jobsuche sind schwierig. Im Ergebnis blieben 2009 nur 4820 Absolventen tatsächlich, um einen Job anzutreten.

Derzeit bleibt die Zuwanderung von Fachkräften gesetzlich begrenzt. Die Bundesregierung lässt keine Änderungen bei der Zuwanderung zu. Das führt z.B. dazu, dass 2009 weniger als 150 hoch qualifizierte Migranten eine unbegrenzte Niederlassungserlaubnis in Deutschland erhalten haben. Viele Migrationsexperten behaupten, dass ein gewaltiges Fachkräftepotenzial dadurch verschenkt wird.

Das Zuwanderungsgesetz von 2004 erlaubt es Unternehmen, IT-Fachkräfte und seit Anfang 2009 auch andere Akademiker im Ausland anzuwerben, wenn sich keine passenden Einheimischen finden. Es darf aber keine staatliche Werbepremie für umworbene ausländische Fachleute ausgezahlt werden. Bislang wird von Zuwanderern ein viel zu hohes Mindesteinkommen von 66 000 Euro gefordert. Das erreichen selbst Akademiker in den ersten Berufsjahren kaum. Selbstverständlich kann das nicht als eine echte Einwanderung und Aufenthalt auf Dauer sowie Erwerb der Staatsangehörigkeit angesehen werden. Das bedeutet auch einen Standortnachteil gegenüber anderen Industrieländern.

Die Migrationsxperten fordern ein transparentes und steuerndes Bewertungssystem für qualifizierte Zuwanderer. Ähnlich wie Kanada und Australien muss man eine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelte Zahl erwünschter Dauer-Einwanderer festsetzen. Grundlage ist dabei ein Punktesystem, bei dem etwa gute Schulabschlüsse und Sprachkenntnisse die Chancen der Kandidaten verbessern. Menschen mit erforderlichen berufli-

chen Qualifikationen erhalten dann ein Maximum an Punkten, was eine unkomplizierte Zuwanderung möglich macht.

Die Experten glauben, dass es für Deutschland angesichts der ungünstigen demografischen Entwicklung ziemlich problematisch sein wird, nur aufgrund eigener unausgeschöpfter Potenziale den Fachkräftemangel zu beheben. Es müssen deswegen nicht nur die breite Diskussion über qualifizierte Zuwanderung fortgesetzt, sondern auch entsprechende politische Entscheidungen möglichst schnell getroffen werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist es dabei, Deutschland für ausländische Fachkräfte immer attraktiver zu machen.

*Войтик И.А.
БГЭУ, ФМБК, 5 курс
Руководитель Большаков И.И.*

DEUTSCHLAND IM GLOBALEN WETTBEWERB UM QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE

In meinem Beitrag möchte ich die aktuelle Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt analysieren. In Deutschland werden heute Hunderttausende Fachkräfte gesucht. Zum zehnjährigen Greencard-Jubiläum ist eine neue Einwanderungsdebatte im Bundestag und in der Gesellschaft aufgeflammt. Es geht um die große Frage, wie Deutschland im globalen Wettbewerb um kluge Köpfe gewinnen kann, wie es für ausländische Fachkräfte attraktiver werden kann, sowie darum, ob nur ausländische Fachleute die deutsche Wirtschaft retten können.

In Deutschland sinken Geburtenraten, immer mehr Menschen gehen in Rente, Schüler- und Absolventenzahlen schrumpfen, in den letzten 2 Jahren hatte Deutschland mehr Auslands-Einwanderer. Solche demografische Situation kostet Deutschland 20 Mrd. Euro jährlich und stellt eine richtige Bedrohung für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft dar. Die anziehende Konjunktur verschärft die Fachkräftelücke weiter. Derzeit werden 36 000 Ingenieure gesucht und nicht gefunden. Der IT-Verband klagt über eine Lücke von 43 000 Spezialisten. Die Umfrage der Wirtschaftsverbände zeigt, dass jedes dritte Unternehmen freie Stellen nicht besetzen kann. Doch die Rettung vom eigenen Nachwuchs ist nur bedingt zu erwarten. Infolge des demografischen Wellentals wurden 2009 rund 566 000 Ausbildungsverträge noch geschlossen, 8,2 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Über 10 000 Lehrstellen konnte das gesamte Handwerk 2009 nicht besetzen. In diesem Jahr setzt sich der negative Trend fort. Viele Betriebe wollen jetzt Azubis aus Polen oder Tschechien holen.

90 Prozent der deutschen Bevölkerung sind überzeugt, dass ein ausreichendes Reservoir an qualifizierten Arbeitskräften eine Grundvoraussetzung für einen guten Wirtschaftsstandort ist. Lediglich zwei Prozent unterstützen die Position, einen Fachkräftemangel primär über Anreize für ausländische Experten zu lösen. Nur 26 Prozent möchten auf Arbeitskräfte aus dem Ausland als Nebenlösung setzen. 72 Prozent der deutschen Bürger plädieren dafür, benötigte Arbeitskräfte verstärkt selbst auszubilden. Die Haltung der Bürger wird vor allem von der Überzeugung bestimmt, dass Deutschland noch erhebliche Reserven an Arbeitskräften hat, die durch eine bessere Bildung und Ausbildung, eine effizientere Vermittlung und die verstärkte Mobilisierung von nichtberufstätigen Bevölkerungskreisen ausgeschöpft werden können. Diese Sichtweise lässt sich durthaus begründen. In Deutschland gibt es zweifelsohne unausgeschöpfte Potenziale, die durch Qualifizierungsmaßnahmen und